

## Podiumsveranstaltung zur Landtagswahl in Wiesloch am 25. Februar 2016

### Fragen zu Umwelt, Naturschutz und Verkehr

#### 1. Erhalt der Artenvielfalt

Einzelne Arten wie z. B. Weißstorch und Wanderfalke haben aufgrund langjähriger Programme wieder stabile Bestandszahlen. Für andere Arten, insbesondere die Vögel der Feldflur (z. B. Braunkehlchen, Feldlerche und Rebhuhn), ist die Entwicklung jedoch dramatisch rückläufig. Ursächlich ist vor allem der Verlust von Lebensräumen durch Bebauung, Zerschneidung durch Verkehrsachsen, Rückgang extensiver Nutzung, Verarmung von Lebensräumen durch Flurbereinigung sowie intensive landwirtschaftliche Nutzung mit hohem Pestizid- und Düngereinsatz. Der NABU fordert wirksame Aktionsprogramme „Landwirtschaft und Biodiversität“ und „Grüne Infrastruktur“.

Unsere Frage:

Unterstützen Sie diese Programme? Mit welchen Mitteln werden Sie bzw. Ihre Partei sich für den Erhalt der Artenvielfalt einsetzen?

#### 2. Naturverträgliche Energiewende

Die Energiewende ist ein Kernstück nachhaltiger Politik, die Zielmarke von 35% erneuerbarem Strom bis 2020 scheint erreichbar. Ein aktueller Monitoring-Bericht zeigt jedoch, dass das Tempo der Emissionsminderung deutlich gesteigert werden muss, um die Klimaschutzziele zu erreichen: insbesondere im Verkehr nahmen die Emissionen 2014 sogar noch zu, die Gesamtfahrleistung erreichte die höchsten Werte in der Geschichte der Bundesrepublik! Auch bei der Wärmeerzeugung stagniert der Anteil erneuerbarer Energien. Die Steigerung der Energieeffizienz erreicht bisher ebenfalls nicht die vorgesehene Größenordnung.

Unsere Frage:

In welcher Weise setzen Sie sich für eine naturverträgliche Energiewende ein, insbesondere in den Bereichen Wärmeerzeugung, Energieeffizienz und Verkehr?

#### 3. Reduzierung des Flächenverbrauchs

Mit der Begründung, dass bezahlbarer Wohnraum fehlt, sollen wieder mehr Baugebiete ausgewiesen werden. In vielen Gemeinden im Wahlkreis gibt es aber noch zahlreiche erschlossene Bauplätze, oft mehrere ha, in privater Hand. Über steuerliche Regelungen (Anhebung der Grundsteuer für erschlossene Bauplätze) könnten sie der Bebauung zugänglich gemacht werden. Innenentwicklung vor Außenentwicklung hilft der Landwirtschaft und dem Naturschutz gleichermaßen.

Unsere Frage:

Werden Sie sich im Fall Ihrer Wahl für eine Reduzierung des Flächenverbrauchs und für eine höhere Besteuerung unbebauter erschlossener Baugrundstücke einsetzen?

#### **4. Tempo 30 als Basisgeschwindigkeit innerhalb geschlossener Ortschaften**

Der VCD fordert Tempo 30 als Basisgeschwindigkeit für geschlossene Ortschaften. Das heißt innerhalb geschlossener Ortschaften darf nur dort schneller als 30 km/h gefahren werden, wo der Bedarf nach höherer Geschwindigkeit nachgewiesen ist und die Verkehrssicherheit nicht gefährdet wird.

Dazu Claudia Neumann vom Deutschen Kinderhilfswerk: „Statistiken belegen es: Tempo 30 rettet Leben, erhöht die Verkehrssicherheit und schafft Klarheit. Zudem sind Kinder und Jugendliche im gesamten städtischen Raum und nicht nur 50 Meter vor und hinter einer Schule unterwegs.“

Unsere Frage:

Wie steht Ihre Partei und wie stehen Sie selbst zu Tempo 30 als innerörtlicher Basisgeschwindigkeit?

#### **5. Änderung des Modal Splits im Verkehr zugunsten des Umweltverbunds (Fuß, Rad, Bus + Bahn)**

Wir gehen davon aus, dass Sie sich alle über die folgenden Ziele einig sind: Die Zahl der Verkehrstopfer muss weiter gesenkt werden, die Lärm- und Abgasbelastung ist immer noch zu hoch, der Anteil des motorisierten Verkehrs an der CO<sub>2</sub>-Bilanz muss deutlich sinken. Das heißt im Umkehrschluss: Das Zu Fuß Gehen und Radfahren, die Nutzung von Bussen und Bahnen und die Bildung von Fahrgemeinschaften müssen massiv gefördert werden, der Modal Split (d.h. die Aufteilung des Verkehrs auf die verschiedenen Verkehrsträger) muss zugunsten der umweltfreundlichen Verkehrsarten verändert werden.

Unsere Frage:

Stimmen Sie diesem Ziel zu? Für welche konkreten Maßnahmen setzen Sie sich in diesem Zusammenhang ein?

#### **6. ÖPNV-Finanzierung**

Ausbau und qualitative Verbesserung des ÖPNV-Angebots scheitern immer wieder auch am Geld. Der VCD schlägt daher die Einführung eines zusätzlichen, zweckgebundenen „ÖV-Beitrags“ vor, der auf kommunaler Ebene erhoben wird und sich an der Grundsteuer B für bebaute und bebaubare Grundstücke orientiert. Damit zahlen neben den Fahrgästen auch sonstige Nutznießer wie z.B. Hauseigentümer, die wegen einer guten ÖPNV-Anbindung eine Wertsteigerung erleben.

Vorgeschlagen wird ein ÖV-Beitrag in Höhe von 40 Prozent der Grundsteuer, im Gegenzug werden die Fahrpreise gesenkt und das Angebot verbessert.

Unsere Frage:

Wie stehen Sie zu diesem Vorschlag?